
FORUM: Das Erbe der Wende

Konrad Weiß: Wiedervereinigung ohne Vision

Konrad Weiß, geb. 1942 in Lauban, 1969 bis 1990 Regisseur im DEFA-Studio für Dokumentarfilm in Berlin, 1989 Mitbegründer und Sprecher der Bürgerbewegung „Demokratie Jetzt“, 1990 Mitglied der Volkskammer, 1990 bis 1994 Mitglied des Deutschen Bundestages, lebt als freier Publizist in Berlin.

Die deutsche Einheit war von Anbeginn an politisches Ziel der Bürgerbewegung „Demokratie Jetzt“. Mir scheint diese Vorbemerkung notwendig, weil sich hartnäckig die Legende hält, die Bürgerrechtler der DDR seien allesamt störrische Einheitsgegner gewesen. Selbst in Quellenwerken zum Eini-

gungsprozeß werden Dokumente, die das Gegenteil belegen, unvollständig zitiert. In den Thesen zum Gründungsaufwurf von „Demokratie Jetzt“, dem *Aufruf zur Einmischung* in eigener Sache vom 12. September 1989, heißt es unmißverständlich: „Als Deutsche haben wir eine besondere Verantwortung. Sie gebietet, daß das Verhältnis der deutschen Staaten beiderseits von ideologischen Vorurteilen befreit und in Geist und Praxis ehrlicher und gleichberechtigter Nachbarschaft gestaltet wird. Wir laden die Deutschen in der Bundesrepublik ein, auf eine Umgestaltung ihrer Gesellschaft hinzuwirken, die eine neue Einheit des deutschen Volkes in der Hausgemeinschaft der europäischen Völker ermöglichen könnte. Beide deutsche Staaten sollten sich um der Einheit willen aufeinander zu reformieren.“

Diese Sätze mögen aus heutiger Sicht kleinmütig erscheinen; gemessen an den historischen Ereignissen sind sie es auch. Zugleich aber heben sie sich geradezu revolutionär von der damals in der DDR wie in der Bundesrepublik vorherrschenden Meinung ab, die deutsche Zweistaatlichkeit diene der Stabilität in Europa, an ihr sei deshalb nicht zu rütteln. Diese Position war letztlich auch bestimmend für die politische Praxis, nicht nur der SPD und der Grünen, auch der Regierung Helmut Kohl. Die bundesdeutsche Politik war vom Bestreben bestimmt, die Beziehungen zwischen den beiden Staaten im Interesse der Menschen zu verbessern. Das ist nicht zu tadeln, aber es führte auch dazu, daß es an soliden Konzepten für eine Wiedervereinigung fehlte. Es gab zwar ein Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, aber auch dessen Schubladen waren am 9. November 1989 leer. Bei der SED und ihren Blockvasallen war Wiedervereinigung seit den sechziger Jahren ein Fremdwort. Es ist schlichtweg eine Lüge, wenn altgediente CDU-Genossen aus der DDR sich heute als Vorkämpfer der deutschen Einheit präsentieren.

Die solidarische Gesellschaft

„Demokratie Jetzt“ wollte, daß sich beide deutsche Staaten verändern, damit die Einheit der Deutschen auf einem tragfähigen Fundament, der solidarischen Gesellschaft, gegründet werden könnte. Wir wollten die konsequente Demokratisierung und die Entmachtung der SED, wir wollten statt der Verstaatlichung die Vergesellschaftung der Produktionsmittel. Wir forderten unabhängige Gewerkschaften und das Streikrecht. Aber anders als in der polnischen Solidarnosc-Bewegung verbündeten sich die Arbeiter nicht mit den intellektuellen Vordenkern, auch wenn das während eines kurzen historischen Moments, im Herbst 1989, so schien. Das Volk der DDR entschied sich letztlich für die Aufgabe eigener Ansprüche, für die schnelle Wiedervereinigung, für den wirtschaftlich mächtigen Partner Bundesrepublik, für die bewährten Autoritäten CDU und Helmut Kohl.

Ich resümiere das, inzwischen ohne Bitterkeit, weil in diesem Verzicht der Ostdeutschen auf einen eigenen Weg viele, wenn nicht alle Probleme begründet sind, die uns seit der Wiedervereinigung zu schaffen machen. Auch

die Stagnation der gesamtdeutschen Politik, die Totalverweigerung von Reformen, liegt mit in der damaligen Bereitwilligkeit der Ostdeutschen begründet, das westdeutsche Gesellschaftsmodell als das Nonplusultra zu übernehmen. Eigenen Modellen für die Demokratisierung, die Durchsetzung von Menschenrechten, die wirtschaftliche Erneuerung wurde nicht getraut. Es mangelte am Vertrauen in die eigene Kraft. Wo sollte das auch herkommen bei einem Volk, das sich seit drei Generationen dem Überleben in einem totalitären Regime angepaßt hatte, anpassen mußte. Unter diesen Bedingungen war das Aufbegehren im Herbst 1989 das Äußerste, was das Volk, über Jahrzehnte hin politisch unmündig gehalten, zu leisten vermochte. Es war unendlich viel, es hat die Befreiung der DDR gebracht und die Wiedervereinigung ermöglicht. Und dennoch war es zu wenig. So wurde es eine Wiedervereinigung ohne Vision.

Die verlorene Revolution

Vielleicht konnte es anders nicht sein. Vielleicht mußten wirklich die Machtpragmatiker das Steuer in die Hand nehmen, es war ja eine stürmische Zeit. Und vielleicht waren auch wirklich die außenpolitischen Umstände nur in jenen wenigen Monaten so, daß sich Deutschland mit der bereitwilligen, solidarischen Unterstützung seiner Nachbarn und der Zustimmung aller Siegermächte wiedervereinigen konnte. Es war nicht die Zeit für viele kleine Aber, es war die Zeit für das eine große Ja. Aber das hatte auch zur Folge, daß die vielen kleinen Aber danach kommen mußten. Es war die Ursache dafür, daß sich im Osten ein stumpfer, nostalgischer Blick auf die „Errungenschaften“ der DDR breitmachen konnte, ohne daß nach dem bitteren Preis gefragt würde, den diese gekostet haben. Und daß eine verbrecherische Partei, die, als sie die Macht dazu hatte, Menschen skrupellos verfolgt, mißhandelt und entmündigt hat, sich ein demokratisches Mäntelchen umhängen und von Menschenrechten säuseln konnte. Die NSDAP wurde nach der Befreiung verboten, die SED wurde nur umbenannt.

Der Wille der Bürgerbewegung zum Dialog, auch mit der SED und den Blockparteien, war im Frühjahr 1990 ein tragischer Fehler. Während wir gutwillig und ehrlich am Runden Tisch um Reformen, um die Demokratisierung der DDR bemüht waren, nutzten die alten Machthaber die Zeit, um für sich zu retten, was zu retten war. Natürlich gab es auch in diesen Parteien Menschen, die ohne Eigennutz gehandelt haben und auf wirkliche Veränderung bedacht waren. Sie und wir haben die kriminelle Energie derer unterschätzt, die nichts anderes wollten, als sich ihre Pfründe, ihren Teil an der Macht zu sichern. Wir wurden von ihnen skrupellos mißbraucht; während wir öffentlich am Runden Tisch um Demokratie und um Reformen rangen, zogen sie im Hintergrund ihre Fäden und brachten ihre Schäfchen ins Trockene. Wir haben nicht gehandelt, als wir hätten handeln müssen. Wir waren nicht darauf vorbereitet, die politische Verantwortung, die Macht zu übernehmen. Wir waren naiv und gutgläubig.

So ist aus zwei deutschen Staaten nur eine größere Bundesrepublik geworden. Das ist nicht wenig; ich schätze keineswegs gering, was die Deutschen in der alten Bundesrepublik in vierzig Jahren geleistet haben: Deutschland ist eine gefestigte Demokratie, ein Land, in dem die Menschenrechte weitgehend respektiert werden, ein sozialer und wirtschaftlich stabiler Staat. Eine solidarische Gesellschaft ist dieses Deutschland nicht. Das aber war 1989 unser Ziel, doch damit sind wir gescheitert. Es bleibt eine Aufgabe, die nun in nichtrevolutionären Zeiten, in einer gefestigten, nein stagnierenden Gesellschaft ungleich schwerer zu realisieren sein wird.

Lebendige Demokratie

Viele, die 1989 zum Handeln bereit waren, haben sich in ihre alten und neuen Nischen zurückgezogen. Demokratie wird als ein sicheres Gut betrachtet, das, einmal erworben, für alle Zeit fort dauern wird. Daß eine Demokratie aber ohne mündige Bürgerinnen und Bürger gefährdet ist und zu verdorren droht, haben allzu viele noch nicht begriffen. Was gemeinhin als Politikverdrossenheit beschrieben wird, ist doch in Wahrheit Demokratieverdrossenheit. Es ist bequem, auf *die* Politiker zu schimpfen, ihnen alles in die Schuhe zu schieben, selbst aber nicht verantwortlich zu sein. Die vielen, die auf ihr urreigenstes Recht zu wählen verzichten, sind nicht der Souverän, sondern Untertanen. Zu wenige sind noch immer bereit, die Res publica zu ihrer Angelegenheit zu machen, sich *einzumischen in eigener Sache*. „Demokratie Jetzt“ ist auch im wiedervereinigten, im demokratischen Deutschland noch immer ein aktuelles Programm.

Zu den tiefen Mängeln der Einheit gehört, daß es den Deutschen nicht gelungen ist, sich eine neue Verfassung zu geben. Der Runde Tisch hatte einen Verfassungsentwurf erarbeitet, in den unsere ostdeutsche Erfahrung eingeflossen war, unsere Vorstellung von einer menschlichen, solidarischen Gesellschaft. Wir wollten das Grundgesetz nicht abschaffen, auch der Entwurf des Runden Tisches hat sich am Grundgesetz orientiert. Aber die gesellschaftliche Wirklichkeit des vereinigten Deutschlands ist eine andere als die von 1949. Die gemeinsame Verfassungskommission ist kläglich gescheitert. Nicht die Bürgerinnen und Bürger bekamen das Wort, sondern die Juristen. Nicht das deutsche Volk hat sich nach der Wiedervereinigung in freier Selbstbestimmung seine Verfassung gegeben, sondern die Parteien haben ihm die Arbeit abgenommen.

Dabei hat es die Bereitschaft der Bürgerinnen und Bürger durchaus gegeben. Viele tausende Vorschläge an die Verfassungskommission und an den Deutschen Bundestag belegen es. Die allermeisten aber verschwanden ohne Diskussion in den Archiven. Die Chance, daß sich die Bürgerinnen und Bürger durch die Diskussion und durch ihre Stimme die Verfassung zu eigen machen, wurde vertan. Insbesondere für die Ostdeutschen wäre eine Volksabstimmung über das Grundgesetz von konstitutiver Bedeutung gewesen. So aber haben viele das Grundgesetz nicht einmal gelesen. Die schändliche Ver-

stümmelung des Artikels 16, des Grundrechts auf Asyl, haben sie ebenso wie eine Mehrheit der Westdeutschen schweigend hingenommen.

Wirtschaftsdemokratie

„Demokratie Jetzt“ wollte nicht nur das Ende des Obrigkeitsstaates und der Parteidiktatur, wir wollten auch grundlegende wirtschaftliche und soziale Reformen. Wir wußten, was die Kommandowirtschaft der SED dem Land angetan hatte, auch wenn wir das ganze Ausmaß der Verwüstung nicht erkannt hatten: die völlige Ineffizienz, die wahnwitzige Überbeschäftigung, das Fehlen jeglicher Marktmechanismen, die verbrecherische Ausbeutung der Natur und aller Ressourcen. Unsere Vorstellung war, daß die Produktionsmittel vergesellschaftet, also wirkliches Volkseigentum werden müßten; sie waren ja in Wahrheit durch den Staat und die Partei geknechtet.

Wir wollten ein Ende des Staatsplandirigismus und den freien Wettbewerb, in dem auch Raum war für privates und genossenschaftliches Eigentum. Wichtig war uns die Bindung jeglicher Wirtschaftstätigkeit an das Gemeinwohl. Für die Betriebe forderten wir die gewerkschaftliche Mitbestimmung, die Wählbarkeit des Managements, die Rechenschaftspflicht der Leitung gegenüber der Belegschaft und die Gewinnbeteiligung: Wirtschaftsdemokratie konkret. Auch die Treuhandanstalt war unsere Idee; aber sie sollte das Staatseigentum so in Privateigentum überführen, daß die Bürgerinnen und Bürger der DDR, die über vierzig Jahre hin die Werte geschaffen hatten, zu Eigentümern würden. Noch im Einigungsvertrag findet sich ein Fragment dieser Idee, eine Absicht, die wohl nie realisiert werden wird.

Denn unsere Vorstellungen wurde von der Mehrheit der DDR-Bürger nicht mitgetragen; sie entschieden sich blind für die schnelle Währungsunion, den wohlfeilen Wohlstand, wie sie meinten. Sie waren verblendet, weil sie keine Kenntnis von volkswirtschaftlichen Zusammenhängen hatten, woher auch. Die marxistische Ökonomie war ein Phantom. Sie waren nicht bereit, die unbequemen Mahner zu hören: Als ich im Wahlkampf zu den Volkskammerwahlen sagte, daß die Währungsunion Millionen Arbeitslose zur Folge haben würde, wurde ich ausgelacht. Und der Aufforderung, selbst die Geschicke des eigenen Betriebes in die Hand zu nehmen, vollendete Tatsachen zu schaffen und die Belegschaft zu Eigentümern zu machen, ist niemand gefolgt. Statt dessen vertrauten sie lieber den SED-Kadern, die vor allem für sich vorsorgten und willfährige Handlanger der Treuhand wurden. Ich bin mir durchaus nicht sicher, ob es für die marode Wirtschaft der DDR tatsächlich Alternativen zum radikalen Ausverkauf gegeben hätte, vielleicht in Teilbereichen. Einen Versuch wäre es jedenfalls wert gewesen.

So aber hat nun das ganze Land die Hinterlassenschaft der realsozialistischen Kommandowirtschaft zu tragen. Es ist demagogisch, die sozialen Verwerfungen, die katastrophale Arbeitslosigkeit, die wirtschaftliche Schwäche Ostdeutschlands als Folge der Wiedervereinigung zu betrachten, so wie die

PDS es tut. Es sind vor allem die Folgen der vierzigjährigen Verschwendung und Mißwirtschaft, der Unfähigkeit und Demoralisierung durch die SED. Fraglos wurden auch bei der Wiedervereinigung schwere Fehler gemacht. Aber die Wurzeln der Übel liegen in der DDR.

Ungenutzte Chancen

Die Chance, die die Wiedervereinigung auch für radikale wirtschaftliche und soziale Reformen geboten hat, wurde jedenfalls nicht genutzt. Das bewährte, aber längst nicht mehr zeitgemäße und vor allem nicht zukunftsfähige Westmodell wurde kritiklos übernommen. Fatal ist, daß die Rezession, die der Wiedervereinigung folgte, zum Abbau sozialer Rechte und zur ökonomischen Machtballung geführt hat, zu immer mehr Subventionierung und Dirigismus. Ich weiß nicht, ob diese Wirtschaft wirklich noch eine Marktwirtschaft ist. Vor allem aber besteht die Gefahr, daß die Gesellschaft immer mehr entsolidarisiert und der soziale Abbau als unveränderlich hingenommen wird, daß die Kluft zwischen dem reichen Norden und der armen Mehrzahl der Menschheit immer tiefer wird. Dabei muß es doch allen klar sein: Die katastrophale Massenarbeitslosigkeit, die verbreitete Armut, die Chancenlosigkeit junger Menschen, die Obdachlosigkeit, innen wie außen, sind sozialer Sprengstoff und bedrohen auf Dauer auch die Demokratie in Deutschland. Angesichts dessen ist der Egoismus der Parteien, die nicht weiter als von Wahl zu Wahl denken und nichts anderes wollen als Macht, verantwortungslos. Purer Pragmatismus muß immer scheitern. Politik, die dem Menschen dienen soll, kommt nicht aus ohne Vision.